

- 1 Krieg gegen Iran: Spiel mit dem Feuer
- 4 Atomwaffenverbotsvertrag: Beitritt aus Eigeninteresse
- 8 Kinderentführung: Vor den Augen der Welt
- 12 Trumps «Friedensrat»: Zum Scheitern verurteilt

- 14 Die Schweizer Sicherheitsstrategie 2026
- 18 Die Folgen der sicherheitspolitischen Zeitenwende
- 22 Michail Schischkin zu Véronique Lautard
- 28 Literatur: Verletzte Seelen – verwundete Nationen

Eskalation zwischen den USA und Iran – brandgefährlich für die Region

Spiel mit dem Feuer

Wenige Stunden vor Abgabeschluss dieser Ausgabe begannen die USA und Israel mit ihrem Angriff auf den Iran. Der erste Abschnitt dieses Beitrages ist also Vergangenheit (und auch die Karikatur). Die restlichen Ausführungen sind allerdings nicht spekulativ. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

/Marcus Schneider/

Der Nahe Osten steht am Beginn eines neuen Krieges – womöglich der folgenschwersten militärischen Auseinandersetzung im Nachgang des 7. Oktober 2023. Wie zwei Schnellzüge rasen die Vereinigten Staaten und der Iran aufeinander zu. Wann es kracht, entscheidet sich in Stunden, Tagen, maximal Wochen. Die Sterne stehen schlecht, dass sich der grosse Knall noch aufhalten liesse.

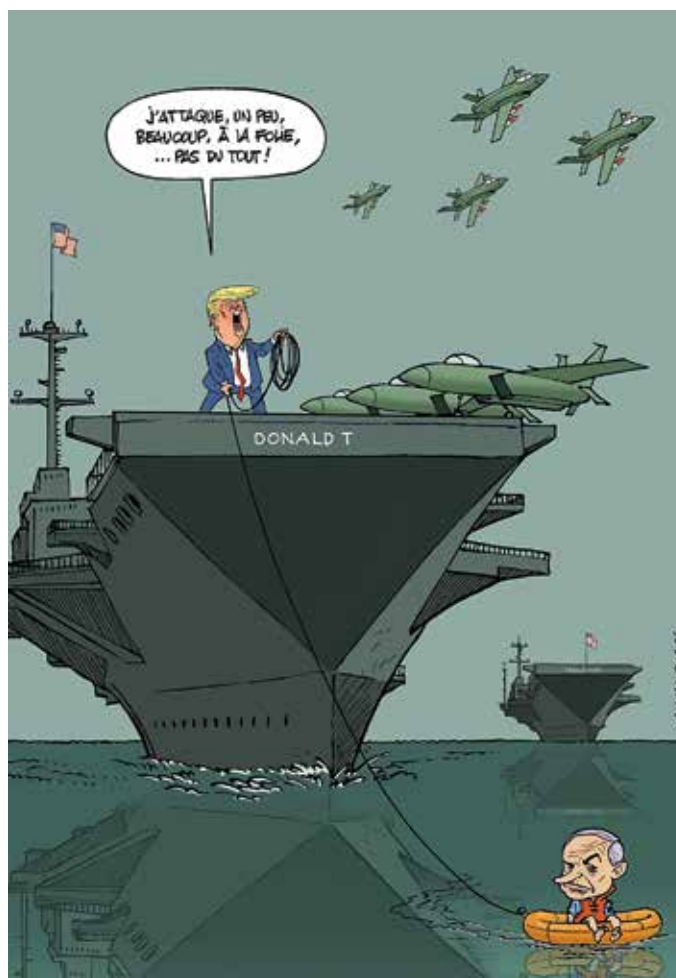
Dabei besteht keinerlei Notwendigkeit für diesen Krieg. Aus Sicht der Amerikaner handelt es sich nahezu um einen *war of choice*. Iran wird nicht angegriffen, weil das Land so gefährlich wäre. Im Gegenteil: Nie war die Islamische Republik schwächer als heute. Es geht darum, das

waidwunde Tier, seit Jahrzehnten Erzfeind Washingtons und Tel Avivs, einen der kecksten Herausforderer der amerikanischen Weltordnung, zur Strecke zu bringen. Der Krieg ist eine Hochrisikowette auf eine geopolitische Wende im Herzen Eurasiens. Der Zusammenbruch der Islamischen Republik wäre für den Nahen Osten die grösste geopolitische Zäsur seit dem Ende der Sowjetunion.

Nicht einmal der Ansatz einer legalistischen Volte

Kaum noch eine Rolle spielt die Legalität. Völkerrecht isch over. Während die Israelis ihrem Angriff im Juni immerhin noch das Gepräge eines halblegalen Präventivschlags gaben, bemüht sich Washington nicht einmal im Ansatz um irgendeine legalistische Volte. Es ist ein Vorgeschmack auf die schöne neue Wolfswelt. Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen erleiden, was sie müssen. Das Signal an die Staatengemeinschaft lautet: Legt euch nicht mit Grossmächten an. Und wenn ihr es tut, so sorgt rechtzeitig für eure nukleare Überlebensversicherung. Eine 30-jährige atomare Hängepartie wie Teheran wird sich künftig kaum jemand leisten wollen.

Doch auch die USA sind Getriebene ihrer selbst. Die aufgebaute Drohkulisse – der grösste Truppenaufmarsch der Weltmacht seit dem Irakkrieg 2003 – ist so gigantisch, dass selbst der maximal erratische Trump nun kaum noch zurückkann. In den weiterlaufenden Verhandlungen fordert Washington de facto die sicherheitspolitische Kapitulation des Iran. Politikfähig ist das Regime, bereit zur Selbst-



Fortsetzung Seite 2

aufgabe jedoch nicht. In der in Teheran vorherrschenden Denke führen Zugeständnisse zu immer weitergehenden Forderungen. Was Amerika anbietet, ist der Tod durch 1000 Nadelstiche. Dann doch lieber der grosse Knall.

Choreografierte Showeinlagen

Entgegen dem Klischee von den irren Mullahs handelte der Iran in den letzten zweieinhalb Jahren nämlich durchaus kalkuliert. Zu kalkuliert womöglich. Gegenüber Israel war Teheran sorgsam um Deeskalation bemüht. Das Feuer sollte geschürt werden, die Israelis beschäftigt, aber bitte ohne unkontrollierbaren Grossbrand. Vergeltungsschläge waren sorgsam choreografierte Showeinlagen, vorher dem Feind telegraphiert, damit möglichst wenige zu Schaden kommen. Gesichtswahrung bei gleichzeitiger Selbstdemontage der eigenen Abschreckungsdoktrin. Optimisten nannten das «strategische Geduld», beim Gegner kam eher Furcht und Unfähigkeit an.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Marcus Schneider, Sofi Oksanen, Florian Ebenkamp, Herbert Wulf, Michail Schischin, Liliane Studer, Halyna Petrosaniak, Ruedi Epple.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 2: Kichka; Seite 3: Mario Lars; Seite 6: Bundesamt für Zivildienst; Seite 7: Kichka; Seite 10: Teemu Rajala; Seite 13: Kichka; Seite 19: White House Photographic Office; Seite 21: ygreck; Seite 23 und 25: Bessmertny barak.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., März 2026

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 60.–. ISSN 1664-4492.

Zumindest die Signale sind diesmal andere. Das Regime wähnt sich im Endkampf um die eigene Existenz. Die Sicherheitskräfte sind im Alarmzustand, konkrete Szenarien bis hin zu Nachfolgeregelungen werden durchgespielt. Khamenei selbst bereitet sich auf den Märtyrertod vor. Anders als die entideologisierten arabischen Operettenkleptokratien bleibt die Islamische Republik auch im fünften Jahrzehnt ihrer Existenz eine im Kern hochideologische Unternehmung.

Kein Zurück zum Status quo ante

Statt Choreografie soll diesmal auf maximale Eskalation gesetzt werden. Dass es sich nicht nur um blumige persische Rhetorik, sondern um den Ernstfall handelt, davon zeugen womöglich auch die gezielten Tötungen der Protestierenden. Gefangene wurden diesmal nicht gemacht. Weit über 30'000 Tote, so jedenfalls lauten die maximalen Schätzungen mancher Menschenrechtsaktivisten. Eine solche Zahl lässt sich nur erklären, wenn Massenmord und nicht allein Einschüchterung das Ziel war. Der Gesellschaftsvertrag ist damit endgültig zerbrochen. Ein Zurück zum Status quo ante ist verbaut.

Für das Regime ist all dies ein Spiel mit dem Feuer – wenn auch aus der Eigenperspektive zunehmend alternativlos. Militärisch ist die Angelegenheit fast schon grotesk unausgewogen. Sollte es schlecht laufen, dürften Teheran nach der Eröffnungssalve der amerikanischen Seite kaum mehr als ein, zwei Wellen der Vergeltung bleiben. Allerdings laufen Kriege in aller Regel nicht wie angenommen. Und wie gerade Washington wissen sollte, werden sie eben nicht allein militärisch entschieden, sondern politisch, gesellschaftlich und psychologisch.

Amerikas Schmerztoleranz ist kleiner

Die Achillesferse der Weltmacht besteht darin, dass sie über eine Armee verfügt, die fast alles kann – ausser Verluste zu ertragen. Darin liegt Teherans Chance: Amerikas Schmerztoleranz ist viel geringer. Jeder tote Amerikaner geht auf das Konto des Erratikers-in-chief, der sich noch nicht einmal bequem, seinem eigenen Volk die vermeintliche Notwendigkeit näherzubringen. Wofür sterben hier eigentlich Amerikaner? Umfragen zufolge sind rund 70 Prozent der US-Wähler gegen den Krieg. Selbst Experten sind sich unsicher, warum es

Washington tatsächlich geht: Um das angeblich bereits zerstörte Atomprogramm, die ballistischen Raketen oder doch *Regime Change*?

Als Erinnerung: Trump war eigentlich angetreten als Kritiker des Irakkrieges, die Forever Wars und die Regime-Change-Fantastereien wollte er beenden. Viel war die Rede von der Hinwendung nach Asien, der Fokussierung auf die westliche Hemisphäre. In der erst kürzlich erschienenen Nationalen Sicherheitsstrategie wird dem Non-Interventionismus das Wort geredet. Das Leitprinzip scheint vielmehr Prinzipienlosigkeit zu sein – ein ideologisches Irrlichtern, bei dem alles möglich ist, solange es politisch opportun erscheint. Die amerikanische Hochrisikowette findet in der Region jedoch kaum Mitspieler. Die geopolitische Gemengelage hat sich um fast 180 Grad gedreht. Der saudische Kronprinz läuft Sturm gegen die kaum noch abwendbare Konfrontation. Die Region sieht sich als Hauptleidtragende, in fast jedem Szenario bezahlt sie den höchsten Preis.

Neue Konfrontation nicht mehr primär zwischen Saudi-Arabien und Iran

Da ist zum einen die Eskalationsproblematik. Die vier H: Hormus, Huthis (Ansar Allah, schiitisch-zaiditische Rebellenbewegung im Jemen), Hisbollah (Partei Gottes, schiitische Miliz im Libanon), Hashd al-Shaabi (Volksmobilisierungskräfte, schiitische Miliz im Irak). Wie weit liesse sich das iranische Milizen-Imperium noch mobilisieren? Zumal wenn das Mutterschiff in existenzielle Nöte geriete. Würde Iran gar die Samson-Option, eine Verminung der Strasse von Hormus, in Betracht ziehen – dieser für den globalen Seeölhandel womöglich wichtigsten Meerenge?

Chaos und Verwüstung sind jedoch längst nicht die einzigen Bedenken der sich herausbildenden pan-muslimischen Regionalallianz unter Führung von Riad und Ankara. Die Islamische Republik erfüllt für die muslimischen Regionalmächte eine Funktion: politisch schwach, eingehegt und vermeintlich kontrollierbar. Die neue Konfrontation findet nicht mehr primär zwischen Saudi-Arabien und dem Iran statt, sondern zwischen einer Achse der Stabilisierung – Riad, Ankara, Kairo, Islamabad, Doha und Damaskus – und einer Achse der Disruption, die Tel Aviv und Abu Dhabi eint.

Revolutionäres Umsturzregime nicht per se friedlicher

Für die muslimischen Regionalstaaten ist Israels militärische Vorherrschaft längst die grössere Sicherheitsbedrohung als der Iran. Ein pro-westlich gewendeter Iran würde weder die Türkei noch Saudi-Arabien freuen. Zugleich wäre der 90-Millionen-Koloss Iran, einmal frei von Sanktionen, selbst ein natürlicherer Hegemon als die angeknackste Islamische Republik – mit eigenen Ambitionen, die nicht zwingend kompatibel mit den Interessen der Region wären.

Revolutionäre Umsturzregime neigen seit jeher zu politischen Übersprungshandlungen. Ein Iran, der nach Jahrzehnten der islamistischen Verelendung seinen Platz an der Sonne einforderte, wäre nicht per se ein friedlicher Staat. Die Ressentiments, die Teile der Diaspora gegenüber Arabern, Türken und Kurden artikulieren, lassen wenig Anlass zur Hoffnung, dass eine Rückkehr etwa zur Pahlavi-Dynastie in der Region auf Begeisterung stossen würde.

Jahrzehnte des Bürgerkriegs im Iran?

Dass es infolge eines Krieges zu einem reibungslosen Übergang hin zu einer pro-westlichen Monarchie oder Demokratie käme – daran glauben nur die wenigsten. Wahrscheinlicher ist ein Szenario, das sich als «Super-Syrien» beschreiben lässt. Also zumindest teilweiser und temporärer Staatszerfall und bürgerkriegsartige Zustände im multiethnischen Staat der Region. Dabei ist es äusserst unwahrscheinlich, dass den Iranern das Privileg vergönnt wäre, ihre politischen Händel selbst auszufechten. Iran ist als natürlicher Hegemon viel zu wichtig, um hier die Dinge

laufen zu lassen. Vielmehr würden sich die Regionalmächte – schon allein aus Selbsterhaltungstrieb – auf den Kadaver der Islamischen Republik stürzen. Das Ergebnis könnten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte des Bürgerkriegs, zumindest der extremen Instabilität sein. Mit massenhaft Opfern und Flüchtlingsströmen, die dann auch die Nachbarstaaten destabilisieren und Europa erreichen würden.

Ein Alptraumszenario. Das freilich nicht so kommen muss. Verantwortliche Politik sollte sich allerdings nicht von Wunschdenken leiten lassen, sondern solche Risiken miteinkalkulieren. Wenig deutet darauf hin, dass dies in Washington geschieht. Hier spielen Hasardeure mit dem Feuer. Wiederholungstäter noch dazu. Sie würden die «Drecksarbeit» besorgen, für die auch Europa, wenn es schiefgeht, einen Preis zahlen wird. Die Folgen der letzten Flüchtlingskrise sind bis heute nicht verdaut. Was könnte schon schiefgehen?

Zur Wahrheit gehört: Die Islamische Republik ist ein im Niedergang begriffenes Staatswesen. Sie ist dabei, ihr eigenes Volk vollends zu verlieren. Sicherheitspolitisch kann dieser Niedergang jedoch gemanagt werden. Es gibt keinerlei Gefahr, die sich nicht auf dem Verhandlungswege eindämmen liesse. Für die Hochrisikowette eines sich jetzt anbahnenden Krieges besteht insofern keine zwingende Veranlassung. Die intelligenteren Teile der islamistischen Eliten werden begriffen haben, dass ein Weiter-So spätestens nach dem Ableben des Obersten Revolutionsführers keine Option ist. Der Krieg, der nun auszubrechen droht, ist ein Vabanquespiel mit extrem hohen Einsatz.

(IPG-Journal 24.2.2026)



Editorial

Hoffnung auf und Solidarität mit Europa

Wenn diese Ausgabe bei Ihnen eintrifft, hat der Nationalrat in der Frühlingssession seine grosse Debatte über die sogenannte Neutralitätsinitiative abgeschlossen. Der Ständerat hatte noch in der vergangenen Juni-Session dem von Christoph Blocher lancierten Begehren einen direkten Gegenvorschlag gegenüberstellen wollen, der auf das zentrale Anliegen der Initiative, das Verbot von nicht-militärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten, verzichtet hätte, aber die «immerwährende» Neutralität in der Verfassung zu verankern beabsichtigte.

Den anschliessend durch die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates in die Vernehmlassung gegebenen Vorschlag unterstützte nur der Kanton Uri, Ständerat Daniel Jositsch, Alt-Botschafter Paul Widmer und die Economiesuisse. So ist zu hoffen, dass der Nationalrat die Neutralitätsinitiative, die sich explizit dagegen ausspricht, dass die Schweiz die europäischen Sanktionen gegen Russland nach deren Angriff übernimmt, eindeutig und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt und somit über die Initiative bald entschieden werden kann.

Der Krieg gegen die Ukraine dauert jetzt schon vier Jahre. Das Land konnte bisher dank zunehmender europäischer Unterstützung gegen das russische Imperium standhalten. Dabei erwies sich die immer wieder gern totgesagte Europäische Union als zählebiger denn gedacht. Sie ist durch die Verteidigung der europäischen Ukraine und dem wirtschaftlichen wie politischen Angriff der Trump-Administration vielmehr gestärkt worden.

Das heisst für die Schweiz, die mitten in Europa sicherheitspolitisch und wirtschaftlich alles andere als autonom ist, sondern von ihrer Umgebung abgesichert wird, dass sie sich konsequent dem europäischen Raum öffnet. Dazu gehört die Beteiligung an den europäischen Sanktionen (weshalb die Versenkung der Neutralitätsinitiative unabdingbar ist) ebenso wie eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit und vor allem ein Courant normal in den Beziehungen zur EU. Das heisst mit anderen Worten: Im Juni ist die 10-Millionen-Schweiz-Initiative wegen deren Sabotierung der Personenfreizügigkeit abzulehnen, in absehbarer Zeit gilt es, die Beziehungen zu Europa mit dem Rahmenvertrag weiterzuentwickeln.

Peter Weishaupt